

## Gewerkschaften und Presse

Soweit man in der Geschichte der deutschen Gewerkschaften zurückblicken kann, haben diese als gesellschaftliche Erscheinung sowohl wie auch durch ihre Aktionen die Presse beschäftigt. Ein Streik etwa war früher nicht anders als heute ein Ereignis von öffentlicher Bedeutung, man konnte es nicht ignorieren. Das gilt im allgemeinen auch für größere Kundgebungen. Die Stellung der Presse zu solchen Ereignissen war und ist je nach dem Standort der Zeitung verschieden. Linksgerichtete Blätter pflegen die Vorgänge objektiv zu verzeichnen, mitunter sogar wohlwollend zu begründen. Organe, die den Arbeitgebern nahestehen, nahmen früher die — oft von Polizeiagenten heraufbeschworenen — Zwischenfälle in der Regel zum Anlaß, den Streik als Störung der öffentlichen Ordnung hinzustellen und sein Verbot zu propagieren. Von dieser Stimmung aus der Zeit vor 1914 — sie wurde nach 1918 durch die zahlreichen politischen Streiks noch genährt — ist vielen deutschen Presseleuten noch ein Vorurteil verblieben: sie verwerfen den Streik und machen für ihren Ausbruch regelmäßig die Gewerkschaft, nicht deren Gegenspieler verantwortlich. Die ruhige Erwägung, die man in anderen Ländern antrifft, daß es sich bei solchen Arbeitskämpfen um eine notwendige gesellschaftliche Auseinandersetzung handelt, blieb wenigen verantwortlich denkenden Redaktionen vorbehalten, sieht man von denjenigen Zeitungen ab, die, dank ihrem politischen Standort, größeres Verständnis für Arbeitskämpfe haben.

Die gewerkschaftliche Betrachtungsweise der sozialen Lage hat andererseits der Presse frühzeitig wertvolle Anregungen geboten. Es würde zu weit führen, darzulegen, wie längst vor einer geordneten Berichterstattung über den Arbeitsmarkt — seit der Verstaatlichung der Arbeitsvermittlung 1919 eine Selbstverständlichkeit — und über die Lebenshaltungskosten, also längst vor 1914, es Bedürfnisse und Gegebenheiten des gewerkschaftlichen Lebens waren, die fortlaufende private Erhebungen auf diesem Gebiete anregten. In dieser Hinsicht sei etwa an die Arbeiten von Professor *Jastrow* und *Richard Calwer* erinnert, die wesentliche Vorarbeit für die spätere amtliche Berichterstattung geleistet haben und damit die moderne Konjunkturbeobachtung begründen halfen. Die großen parlamentarischen Aussprachen über die Sicherheit in den Bergwerken — sie waren in Preußen stark mit dem Namen eines *Otto Hué* verknüpft — samt ihrem weiten Presseecho hatten in erster Linie gewerkschaftliche Erfahrungen und Beobachtungen zur Grundlage.

Diese Andeutung einer Reihe immerhin interessanter Themenkreise zeigt bereits, wie gewerkschaftliche Forderungen und Aktionen sehr frühzeitig die Öffentlichkeit im allgemeinen und die Presse im besonderen beschäftigt haben. Die Berührungspunkte mußten um so zahlreicher werden, je mehr die Gewerkschaften, dank ihrem Wachstum, aber auch allgemeinen Entwicklungsgesetzen folgend, aus dem engeren Rahmen der beruflichen Interessenvertretung heraustraten und ihre Ansprüche sozialer, wirtschaftlicher, steuerlicher und allgemein politischer Art auch gegenüber dem Gesetzgeber geltend machen mußten, — Es würde sich lohnen, die vielfachen Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Presse einer grundlegenden Untersuchung zu unterziehen. Ein Aufsatz wie der vorliegende kann hierfür nur einige Richtpunkte liefern.

Aus eigenem haben die Gewerkschaften zum Pressewesen mit ihren Verbandsorganen beigetragen, die anfangs ausschließlich einer Unterrichtung der Mitglieder und der inneren Meinungsbildung dienten. Entsprechend der Vielzahl der Berufsverbände bestanden zahlreiche solche Mitteilungsorgane. Sie waren an Auflage, Umfang und Inhalt recht verschieden. Das vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund herausgegebene *Correspondenzblatt der Gewerkschaften Deutschlands* ist noch heute, dank der Sachlichkeit seiner Beiträge, eine wahre Fundgrube zur Beurteilung der damaligen sozialen Verhältnisse und Meinungskämpfe. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund gab ferner in

den zwanziger Jahren *Die Arbeit* als theoretische Monatsschrift heraus, daneben eine Betriebsrätezeitschrift. Die großen Angestelltenverbände, wie der AFA-Bund, der deutsche Werkmeisterverband, der Zentralverband der Angestellten, hatten ihre eigenen Organe. Das gleiche gilt für die Christlichen und für die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften.

Nach der Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes 1949 auf der Grundlage der sechzehn Industriegewerkschaften formte sich auch die gewerkschaftliche Verbandspresse neu zu ihrem heutigen Bilde. Im allgemeinen hat jede Gewerkschaft ihr zentrales Verbandsorgan, dazu treten bei den großen Gewerkschaften besondere Zeitschriften für Funktionäre. Einige von ihnen versuchen den besonderen beruflichen Interessen ihres vielschichtigen Mitgliederkreises entgegenzukommen, so vor allem die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, die für ihre acht Fachgruppen besondere Seiten herstellt, oder die IG Druck und Papier mit einem Monatsblatt für die ihr angeschlossenen Journalisten. Diese Gewerkschaft gibt ebenso wie die Gewerkschaft der Eisenbahner auch ein Organ für berufliche Fortbildung heraus. Die für die Mitglieder selbst bestimmten Gewerkschaftsblätter suchen sich neuerdings im Stil und der technischen Gestaltung dem Streben nach einem lebendigeren Zeitungsbild anzupassen mit Illustrationen, Unterhaltungsbeiträgen, Sonderseiten für die Jugend, für Frauen usw., aber auch durch eine übersichtliche Anordnung der einzelnen, möglichst knapp und volkstümlich gehaltenen Beiträge.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat sein eigenes Publikationswesen stark ausgebaut. Neben der theoretischen Monatsschrift *Gewerkschaftliche Monatshefte* erscheint eine mehr auf den praktischen Gebrauch der Funktionäre gerichtete Monatsschrift *Die Quelle*, als eigene Angestelltenzeitschrift *Wirtschaft und Wissen*, für die Beamten *Der deutsche Beamte*. Für die Jugend wird eine eigene Illustrierte in Tiefdruck *Aufwärts* herausgebracht. Eine Zeitschrift *Soziale Sicherheit* befaßt sich mit den großen theoretischen und praktischen Fragen der Sozialpolitik, während die Zeitschrift *Arbeit und Recht* die Information und den Meinungs-austausch auf diesem Gebiete pflegt. Über das Wochenblatt des DGB *Welt der Arbeit* wird in anderem Zusammenhang zu berichten sein. Unter manchen anderen, meist für einen engeren Kreis bestimmten Publikationen, auf die hier nicht eingegangen werden kann, sind die *Mitteilungen des WWI* zu erwähnen, die über die laufenden Ergebnisse der Arbeiten des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften berichten.

Kritischer Würdigung bedürfen die Beziehungen der Gewerkschaften zu den Zeitungen im engeren Sinne<sup>1)</sup>. Über ihre Verbandspresse können sie auf diese höchstens indirekten Einfluß nehmen. Denn die Verbandsorgane, weil nur zu interner Information und Diskussion bestimmt, sind ja in der Regel nicht einmal durch Abonnement allgemein zugänglich. Die Organe der großen Gewerkschaften brauchen auch wegen ihrer hohen Auflage viel zuviel Zeit für den Druck und Vertrieb, um noch mit wirklich frischen, unveröffentlichten Nachrichten dienen zu können. Daher geben fast alle Verbände wichtige Stellungnahmen offizieller Art oder Nachrichten, die ihnen dank ihrer praktischen Arbeit zufließen, den Zeitungen und Agenturen durch eigene Pressemeldungen bekannt, ebenso auch grundlegende Äußerungen führender Funktionäre. Beim Deutschen Gewerkschaftsbund besteht seit seiner Gründung eine Pressestelle, die Beschlüsse und Stellungnahmen des Bundesvorstandes, aber auch andere Nachrichten aus dem gewerkschaftlichen

1) Das Wort „Zeitung“ wird in der heutigen Zeitungswissenschaft nur für solche Publikationen angewandt, die einen eigenen, aktuellen Nachrichtenteil haben (siehe dazu *Dovifat* „Zeitungswissenschaft“ mit der Definition: „Die Zeitung vermittelt jüngstes Gegenwartsgeschehen in kürzester regelmäßiger Folge der breitesten Öffentlichkeit“). Diese Definition ist veraltet, worauf u. a. Dr. J. Binkowski in „Zeitungswissenschaft“ Nr. 24/1958 hingewiesen hat. Der Rundfunk hat eben die Zeitungen im Nachrichtengeben überholt. Daraus folgt, daß der Begriff der Aktualität revidiert werden muß. Da aber sowohl die Verlegerverbände wie die Zeitungskataloge noch heute mit dieser veralteten Begriffsbegrenzung arbeiten, muß sie zunächst auch der folgenden Darstellung zugrunde gelegt werden.

Bereich an die Zeitungen und Nachrichtenagenturm weiterleitet. Zur Information interessierter Redaktionen stehen auch die Pressestellen des DGB bei den Landesbezirken zur Verfügung.

Sowohl der Bundesvorstand des DGB wie die Leitungen der einzelnen Industriegewerkschaften veranstalten von Fall zu Fall Pressekonferenzen, in denen sie sich — wie auch andere Verbandsleitungen aus dem sozialen und wirtschaftlichen Bereich — den Zeitungen zur Auskunfterteilung stellen.

Die Wirkung dieser Informationstätigkeit ist natürlich verschieden. In kritischen Situationen, besonders bei Arbeitskämpfen, bei Auseinandersetzungen über die großen sozialen und wirtschaftlichen Probleme ist oft ein sehr lebhaftes Presseecho gerade in den Tageszeitungen zu verzeichnen, wenn auch dieses mitunter kritisch lautet. Nicht selten erwartet die Presse geradezu eine Antwort auf die Frage, was der DGB zu einer bestimmten Situation zu sagen hat. Man ist in diesen Kreisen mitunter enttäuscht darüber, daß eine solche Stellungnahme nicht sofort aus dem Ärmel geschüttelt wird. Ein tieferes Eindringen in die gewerkschaftlichen Fragen wird vielen überlasteten Redakteuren von Tageszeitungen und Nachrichtenagenturen deshalb versagt sein, weil sie keine Gelegenheit haben, sich mit dem Wesen der Meinungsbildung innerhalb der verantwortlichen Gewerkschaftsorgane vertraut zu machen. Da spuken oft genug noch Vorstellungen wie die, daß eine einzelne Persönlichkeit sozusagen als „Führer“ die Regungen eines Verbandes oder gar des DGB bestimmt. Man weiß in der Regel nicht, wie viele Vorbereitungen und Beratungen eine demokratische Beschlußfassung in grundlegenden Fragen erfordert, und wundert sich dann, daß solche Stellungnahmen in der Regel viel später erfolgen als diejenigen der wegen ihrer geringen Mitgliederzahl viel übersichtlicheren Arbeitgeberverbände. Anzuerkennen ist, daß neben einer Anzahl gewerkschaftsfreundlicher Redaktionen auch einige Schriftleitungen großer Zeitungen, die sonst durchaus nicht immer gewerkschaftlichen Forderungen zuneigen, solche Fragen durch sachverständige Mitarbeiter behandeln lassen und sie zumindest sachlich würdigen. Aufschlußreich für diejenigen, die sich mit dem Presseecho der gewerkschaftlichen Anschauungen befassen wollen, sind die täglich von der IG Metall zusammengestellten *Pressenachrichten*, auch wenn diese aus der Natur der Sache heraus und wegen der schnellen Verbreitung nicht immer vollständig sein können. Verzeichnet sei noch, daß manche sonst nicht gerade gewerkschaftsfreundliche Zeitungen gelegentlich führenden Gewerkschaftern ihre Spalten zur Verfügung stellen, damit diese ihren Standpunkt in eigenen Aufsätzen vertreten können.

Nicht unwesentlich sind — über einen längeren Zeitraum hinweg gesehen — für die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Presse die großen Veränderungen, die beide Organe öffentlichen Wirkens etwa seit der Weimarzeit durchlaufen haben. Es mag auf den ersten Blick überraschen, aber es ist nun einmal so: Die Richtungsgewerkschaften von dereinst hatten es bei dem damaligen Stand der Gesinnungspresse verhältnismäßig leichter als heute, ihre Anliegen einer breiten Öffentlichkeit nahezubringen. Nehmen wir etwa die Freien Gewerkschaften jener Zeit. Sie waren der Sozialdemokratischen Partei so eng verbunden, daß das Wort eines alten Gewerkschaftsführers „Partei und Gewerkschaften sind eins“ auf den meisten Kongressen zitiert wurde. Diese Einheit bewährte sich auch in der Journalistik. Damals gab es in allen größeren Industriezentren sozialdemokratische Parteiorgane, insgesamt 129 Verlage mit rund 200 Zeitungen einschließlich der Nebenausgaben. Über die Parteipresse hinaus bestanden aber auch damals viele örtliche, zum Teil auflagenstarke Zeitungen, die mit Rücksicht auf die Struktur ihres Bezieherkreises für gewerkschaftliche Fragen durchaus aufgeschlossen waren. Aber bleiben wir zunächst bei der Parteipresse der SPD. Deren Redakteure waren größtenteils aus der Arbeiterbewegung hervorgegangen und selbst Gewerkschaftsmitglieder, obwohl es eine sozialdemokratische Journalistengewerkschaft nicht gab. (Der damalige „Verein Arbeiterpresse“ wird nicht als Journalistengewerkschaft anerkannt.) Das Zentralorgan der SPD, der

*Vorwärts*, besaß eine eigene Gewerkschaftsredaktion mit zwei der Bewegung verbundenen Redakteuren, der zentrale Nachrichten- und Artikeldienst der SPD, der sozialdemokratische Pressedienst, hatte ebenfalls einen eigenen Gewerkschaftsteil. Unter solchen Verhältnissen stellte sich für die Freien Gewerkschaften die Frage nach einer eigenen Zeitung überhaupt nicht.

Ähnliche gesinnungsmäßige Sympathien verschafften den Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften Zugang zu der liberalen Presse. Männer wie *Anton Erkelenz* oder *Ernst Lemmer* waren geschätzte Mitarbeiter solcher Blätter.

Am weitesten fortgeschritten aber waren in dem Bemühen, eine eigene Tageszeitung zu schaffen, die Christlichen Gewerkschaften. Engere Beziehungen zu der Tagespresse im allgemeinen, besonders in Nordwestdeutschland, unterhielten sie seit langem, besonders seit dem sozial gesinnten Bischof *Ketteler*, an dessen Wirken sich die Tätigkeit des Mönchen-Gladbacher Sekretariats anschloß. Hier fanden z. B. katholische Studenten, die sich der praktischen Sozialarbeit widmen wollten, intensive Förderung. Aus den Reihen dieser Bewegung gingen tüchtige Politiker und Publizisten hervor, deren Kern die sogenannte Kölner Richtung des Zentrums bildete. Die Akademiker, darunter nicht wenige Kleriker, wurden geschult, Diener der Bewegung zu sein — und damit wurden die allzuoft berechtigten Bedenken hinfällig, die etwa in den Freien Gewerkschaften gegen den Führungsanspruch gewisser Akademiker obwalteten. Auf dieser gesellschaftlichen Grundlage, aber auch aus dem Widerstreit der sozial gerichteten Kölner Richtung gegen die konservative Berliner Richtung im Zentrum konnte der Wunsch erwachsen, im Mittelpunkt der Weimarer Politik, eben in Berlin, eine eigene Zeitung zu gründen — ein Tageblatt, das den besonderen sozialpolitischen Bestrebungen der linken Zentrumsmitglieder öffentlichen Ausdruck verleihen sollte.

Diese Zeitung führte den Titel *Der Deutsche*. Sie erschien täglich einmal mit dem Anspruch einer seriösen politischen Tageszeitung und mit einem entsprechend ausgestatteten Redaktionsstab. Ins Leben trat sie am 1. April 1921 und vermochte sich bis 1934 zu halten, war aber nach der Machtergreifung durch die Nazis gleichgeschaltet worden. Das Blatt stand der Zentrumsparterie nahe, ohne ihr offizielles Blatt zu sein; auf seine Richtung wirkten entscheidend *Adam Stegerwald* und der langjährige Arbeitsminister Dr. *Heinrich Brauns* ein. Zu seinen Mitarbeitern zählten unter anderen der spätere Reichskanzler Dr. *Heinrich Brüning* und der spätere Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft und nunmehrige Bundespräsident *Heinrich Lübke*. Ein besonderes politisches Gewicht erhielt die Zeitung Mitte der zwanziger Jahre dadurch, daß Herr von *Papen*, der spätere Manager *Hitlers*, seinen Einfluß als Anteilseigner der *Germania* dazu ausnutzte, um dieses Zentralorgan des Zentrums auf die konservative Linie zu bringen, die er schon damals vertrat<sup>2)</sup>. Diesen Tendenzen gegenüber stellte *Der Deutsche* als Sprachrohr der linken „Kölner“ Richtung des Zentrums in Berlin ein Gegengewicht dar.

Die Erfahrungen aus diesem in Deutschland einmaligen Experiment einer *gewerkschaftlichen Tageszeitung* wurden bisher — soweit man sehen kann — nicht ausgewertet. Wenn das hier in ganz groben Zügen versucht wird, dann dank der persönlichen Auskünfte von Prof. *Emil Dovifat*, der längere Zeit Mitarbeiter des *Deutschen* war und mir auf Anfrage die wichtigsten Angaben aus seiner Erinnerung zur Verfügung stellte.

Anders als kapitalistische Zeitungsbetriebe, kann eine Gewerkschaftszeitung weder auf unmittelbare Subventionen aus Wirtschaftskreisen noch auf Zuwendungen aus Über-

2) Herr von Papen gehörte zu den Urhebern der Koalitionskrise in Preußen Anfang 1925, deren Ziel es war, gegen die Sozialdemokratie, damals die stärkste Partei Preußens, eine Regierung zu bilden. Dadurch, daß sich ein kleiner Teil des Zentrums der Stimme enthielt, während die gesamte Rechte im Verein mit den Kommunisten gegen die Regierung Otto Braun stimmte, kam die Regierungskoalition in die Minderheit. Papen spielte bei diesem Manöver eine große Rolle. Erst am 20. Juli 1932 gelang es ihm, die preußische Koalitionsregierung mit dem bekannten Staatsstreich zu beseitigen, der zum Auftakt für die Machtergreifung der Nazis wurde. An ihr hat Papen entscheidend mitgewirkt.

schüssen anderer Unternehmungen des gleichen Verlags rechnen. Wenn in geschäftlich aufgezogenen Zeitungsbetrieben etwa die Hälfte der Einnahmen auf das Inseratengeschäft, manchmal sogar wesentlich mehr, und nur der Rest auf Abonnements entfällt, so kommen die ersteren Einnahmequellen für ein Gewerkschaftsblatt nicht oder nicht entscheidend in Frage. Übrigens ging es damit den Parteizeitungen der Linken nicht viel anders, worauf Dr. *Josef März* in seinem Buch „Die moderne Zeitung“ (München 1951 S. 282) zutreffend hinweist. So wurde die Gewinnung von Abonnenten für ein Gewerkschaftsblatt zur vordringlichen Aufgabe — wobei noch zu berücksichtigen ist, daß dem Bezugspreis durch die Konkurrenz anderer Zeitungen und durch die Kaufkraft der Löhne und Gehälter obere Grenzen gesteckt sind. Das System, das man bei der Werbung von Beziehern für den *Deutschen* anwandte, ist recht interessant. Den drei großen Gruppen der sog. Christlichen Gewerkschaften, den Arbeiterorganisationen, der Angestelltengruppe und der Beamtengruppe, wurde je ein Soll von aufzubringenden Abonnenten zugeteilt. Gleichwohl stieß die Werbung auf Schwierigkeiten der verschiedensten Art, unter denen wohl die größte diejenige gewesen sein dürfte, die man auch anderwärts beobachtet: Viele der Interessenten mußten bewogen werden, neben ihrer gewohnten Zeitung noch ein zweites Blatt zu halten. Immerhin gelang es, über die Beteiligung der angeschlossenen Organisationen eine für die damaligen Verhältnisse und für den begrenzten Kundenkreis recht stattliche Bezieherzahl zu sichern. Diese schwankte zwischen 30 000 und 60 000 und reichte jedenfalls aus, um den Bestand und die ordnungsgemäße Führung des Blattes über ein Dutzend Jahre hinweg zu sichern — unter Durchbrechung vieler für rein geschäftlich aufgezoogene Zeitungen geltenden Regeln!

Wenn die Geschichte dieses Zeitungsunternehmens hier der Vergessenheit entrissen wurde, so deshalb, weil sie einen wesentlichen Beitrag zu der Frage darstellt, ob und in welcher Weise heute überhaupt noch Presseunternehmungen möglich sind, die von einer Gesinnungsgemeinschaft getragen werden, einen mehr oder minder weltanschaulichen Charakter haben und sich über die rein geschäftlichen Grundlagen der üblichen Zeitungen hinwegzusetzen vermögen. Die Frage, ob der heutige Deutsche Gewerkschaftsbund eine Tageszeitung herausgeben kann und soll, ist auf Bundeskongressen wiederholt berührt worden. Ein echtes Bedürfnis dafür wurde bisher nicht anerkannt. Womit freilich nicht gesagt ist, daß nicht vielleicht einmal das Fehlen eines solchen täglichen Informationsorgans sehr schmerzlich empfunden werden wird — dann nämlich, wenn sich die sozialen Gegensätze zuspitzen und die Geschäftsverleger noch mehr als bisher dafür sorgen, daß in den Massenaufgaben der großen Zeitungen das Unternehmerinteresse zur Geltung kommt.

Der als Einheitsgewerkschaft auf dem Münchener Kongreß 1949 neu begründete Deutsche Gewerkschaftsbund hat einen ersten Vorstoß in das Zeitungswesen mit der Schaffung der *Welt der Arbeit* als Wochenzeitung gemacht. Das entsprach den damaligen Zeitverhältnissen. Kurz nach der Papierknappheit der ersten Nachkriegsjahre und nach der Wiederherstellung der vorher völlig unterdrückten Pressefreiheit fanden Wochenzeitungen ein starkes Publikum. So lag es nahe, ein Organ zu schaffen, das nicht nur dem Bundesvorstand und den führenden Funktionären zur Verfügung stand, sondern bestrebt war, in eigener redaktioneller Arbeit die Vorgänge auf allen Gebieten der Politik, der Wirtschaft, der Kultur und des gesellschaftlichen Lebens unter gewerkschaftlichen Gesichtspunkten zu durchleuchten. Wenn der Gedanke nicht im erwarteten Maße zündete, so lag das an den Zeitumständen und am Mangel einer zugkräftigen Werbung, die — wie am Beispiel des *Deutschen* andeutungsweise gezeigt werden konnte — für Organe einer Gesinnungsgemeinschaft wichtigstes Lebenselement ist. Hinzu kam, daß die Absatzverhältnisse der Wochenblätter sich merklich verschlechtert haben, nicht zuletzt infolge der zunehmenden Konkurrenz großer Wochenendausgaben der Tageszeitungen, eine Konkurrenz, die vielen durchaus ernst zu nehmenden periodischen Presseerzeugnissen schwer

zugesetzt hat. Manche von ihnen schwanden ganz dahin, andere wurden mit ähnlichen Wochenzeitungen verschmolzen, der Rest wandte sich der reinen Sensationsberichterstattung zu und erzielt damit billige Erfolge.

Wie sehr diese Entwicklung auch auf die Tagespresse übergegriffen hat, dafür nur wenige Zahlen. Nach der Statistik des Vereins Deutscher Zeitungsverleger wurden im Straßenverkauf 1952 rund eine halbe Million Verkaufszeitungen abgesetzt, etwa 3,9 vH der insgesamt abgesetzten Auflage. 1958 hingegen wurden 4,6 Millionen Kunden von Straßenverkaufsblättern gezählt, sie konsumierten 27,4 vH der insgesamt verkauften Zeitungsaufgabe! Die Kunden rekrutieren sich aus allen Schichten, von der Putzfrau bis zum Generaldirektor. Fast alle diese sogenannten Massenzeitungen appellieren an die primitivsten Sensationsinstinkte, manche suchen in kleinen Spalten etwas von politischem Interesse wachzuhalten. Im ganzen aber laufen sie in Aufmachung und Inhalt darauf hinaus, die Menschen von ihren materiellen und ideellen Interessen abzulenken, sie also zu politischem Schwemmsand zu machen, der in kritischen Zeiten geneigt ist, dem großen Strom anonymer Kräfte zu folgen, die mit Mitteln hochentwickelter Massensuggestion pseudorevolutionäre Stimmungen erzeugen, wie wir es vor 1933 so drastisch und mit so verheerendem Ergebnis erlebt haben. Es liegt im Stile dieser Entwicklung, daß — bis auf ganz vereinzelte Ausnahmen — kaum noch Zeitungen offen für eine bestimmte Gesinnung eintreten, wenn man vielleicht von den Kirchenblättern absieht. Die Parteizeitung von dereinst, der man ihre Tendenz schon im Titelkopf ansehen konnte, ist der „parteinahen Zeitung“ gewichen, die niemals ganz auf eine bestimmte Richtung festgelegt sein will.

Man kann diese Entwicklung begrüßen oder bedauern, jedenfalls muß man mit ihr als einer gesellschaftlichen Erscheinung rechnen. Sie ist übrigens international. In England und Frankreich z. B., wo im Gegensatz zu Deutschland die Presse mit großer Auflage den Ton angibt, sind die Parteizeitungen in der Regel die auflageschwächsten, dasselbe gilt für die ausgesprochenen Intelligenzblätter, wie etwa die *Times* oder *Le Monde*. Dafür haben diese eine größere Tiefenwirkung: Niemand, der in der Politik mitreden will, kann an den Informationen und Stellungnahmen solcher Organe ganz vorübergehen.

Damit sind die beiden gegensätzlichen Möglichkeiten einer bewußten Pressepolitik aufgezeigt. Die *Welt der Arbeit* hat sich neuerdings auf das Bestreben umgestellt, mittels einer modernen, dem Stil der Verkaufszeitungen angepaßten Aufmachung weitere Leserkreise zu gewinnen, so insbesondere die ernstesten sozialen Probleme in das Gewand der leichteren Reportage mit ansprechenden Illustrationen zu kleiden und auch sonst dem Bedürfnis nach leichter Unterhaltung entgegenzukommen. Der Versuch ist noch nicht abgeschlossen, erlaubt also auch noch kein Urteil darüber, ob unter einer solchen Umstellung die politische Tiefenwirkung leidet oder nicht. Wie er aber ausgehen mag, wird er doch wichtige Hinweise bieten für die am meisten interessierende Frage, ob eine Gesinnungspresse auf diesem Wege besser ihren Weg zum Publikum findet. Doch selbst wenn das gelingen sollte, haftet der Wochenzeitung der Nachteil an, daß sie mit der Tagespresse schon aus Gründen der Erscheinungstermine nicht Schritt halten kann. Daher ist vorauszusehen, daß das Publikationsbedürfnis einer solchen Massenbewegung, wie es der DGB ist, mit einer Wochenzeitung allein auf die Dauer nicht befriedigt werden kann. Als Zukunftsaufgabe bleibt also die Frage zu lösen, ob und wie die Interessen des arbeitenden Volkes durch eine schlagkräftige, in die Breite und Tiefe wirkende, vor allem aber staatspolitisch erzieherische Zeitungspolitik auch auf diesem Gebiet des öffentlichen Lebens gefördert werden können.